



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 20 Pfennig, Codes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Inhalt: Mitteilungen des Verbands-Vorstandes. — Hilfsarbeiter. — Reformieren und Sparen oder Beitragsserhöhung. — Die Tarifbewegung im Buchdruckgewerbe Österreichs. — Korrespondenzen (Mugsburg, Braunschweig, Chemnitz, Hannover, Stuttgart).

Beilage: Frauenarbeit und gewerkschaftliche Organisation. (I.) — Aufruf! — Rundschau.

Für die Woche vom 14. bis 20. Dezember ist die Beitragsmarke in das mit 51 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Mitteilungen des Verbands-Vorstandes.

Infolge des Tarifkampfes der österreichischen Buchdruckerei-Arbeiter und Arbeiterinnen sind sämtliche Druckorte Österreichs für Verbandsmitglieder gesperrt. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Der Verbandsvorstand.

J. A.: Paula Thiede, Vorsitzende.

Hilfsarbeiter.

Wer dem Armen seinen Lohn nicht gibt, der ist ein Blutbund.

Ses. Strach, Kap. 34, V. 27.

Wenn wir uns in der modernen Betriebs- und Arbeitsweise umsehen, so werden wir vor allem daran erinnert, daß die Zeit des sogenannten „Handwerkes“ und dessen „goldenem Boden“ unwiderruflich dahin ist. Die ganze moderne Betriebsweise ist die der Arbeitsteilung. In allen Branchen, in allen Fabriken, in allen Werken und Betrieben, auch dort, wo der handwerksmäßige Anschein noch am längsten gewahrt wurde, sehen wir, wie das Handwerksmäßige, Umständliche immer mehr zugunsten der schnelleren Produktion in einzelne Teile der Herstellungsweise zerfällt. Es ist selbstverständlich, und braucht für denkende Arbeiter wohl nicht erst wiederholt und des näheren ausgeführt zu werden, daß dazu die Herrschaft der Maschine die Veranlassung war. Mit dem stetigen Vordringen des Dampfes und der Elektrizität, überhaupt der gesamten Technik, war die Arbeitsteilung ohne weiteres gegeben. Der Handwerker konnte sein Handwerkzeug nicht mehr gebrauchen. Auch seine in jahrelanger Lehrzeit erlernten und durch die Praxis vertieften Kenntnisse des Handwerkes bzw. der Herstellungsweise seines Produktes waren an der Maschine nicht mehr vonnöten, jeder andere konnte nach kurzer Frist an die Maschine gestellt werden, um sie mit mechanischen Handgriffen zu bedienen. Die Maschine trat also an die Stelle des gelernten Handwerkers und verrichtete dessen Arbeit be-

deutend schneller und in größeren Massen, ja auch sehr oft feiner und sauberer und vor allem viel billiger, als es der Handwerker imstande war. Dieser sah sich infolge dessen gezwungen, ein lebender Teil der toten Maschine zu werden, um nur seine Existenz zu finden. Waren in der Anfangszeit der Maschine, die so ungefähr Mitte des 19. Jahrhunderts in die Erscheinung trat, auch nur die einfachen mechanischen Einrichtungen zugefallen, so wurde ihr Wirken von Jahr zu Jahr für das Handwerk bedrohlicher. So mancher Handwerker, der überlegen gespöttelt hatte: „Na, bei uns ist mit der Maschine nichts zu machen!“ mußte bald einsehen, daß der ruhelos arbeitende Menschengestalt immer neue Erfindungen schuf, daß die nicht rastende Technik immer neue Gebiete eroberte und Schwierigkeiten überwand, was man niemals für möglich gehalten hätte. Aber anstatt ein Segen für die Menschheit zu werden, anstatt ihr Entlastung von schwerer körperlicher Arbeit zu bringen, machte die Maschine Hunderte, ja Tausende brotlos, und nur der Besitzer der Maschine, der Kapitalist, die Aktiengesellschaften, die wie Pilze aus der Erde sproßten, steckten den von der Maschine erzeugten Mehrwert in die eigenen Taschen. Durch das Brotloswerden vieler hundert früherer Handwerker boten sich diese zu jedem Lohne zur Arbeit, zur Hilfe an der Maschine an, und es entstand der moderne Fabrikbetrieb: Maschinen und die daran beschäftigten Hilfsarbeiter!

Im Laufe der Jahre hat natürlich auch diese erst bedrohlich erscheinende Entwicklung ihren natürlichen Ausweg gefunden, indem mit der zunehmenden Produktion und deren Verbilligung durch die Maschine auch die Konsumtion eine größere wurde. Vor allem aber fanden sich auch in den Reihen der Maschinenflaven weitblickende, denkende und sühne Männer, die sich das Beispiel der Kapitalisten zu eigen machten und ihren Arbeitsbrüdern lehrten, daß man sich vor allem vereinigen müsse. Denn die Aktiengesellschaften waren ja im Grunde nur eine Vereinigung von Kapitalisten zum Zwecke des Ankaufs und der Ausnützung von Maschinen, weil der einzelne dazu zu schwach bzw. nicht geldkräftig genug war. So lehrten diese Pioniere der Arbeiter auch diesen den Zusammenschluß, um in vereinter Macht dem Kapitalismus entgegenzutreten und ihm eine Verkürzung der Arbeitszeit an der Körper und Geist zerrüttenden Maschinenarbeit und einen menschenwürdigen Lohn abzugewinnen.

Auch in die ehrsame Kunst des Johann Gutenberg zog die Maschine mit ihrer revolutionierenden Tätigkeit ein. Und wenn auch die Druckergesellen; die damals zuerst von dem unheimlichen Gaste bedrängt wurden, die ersten Maschinen kurz und klein schlugen, was half's? Der Fortschritt des Menschengestalt und der Flug der Technik ließ sich nicht aufhalten, und auch die Druckereien waren der Maschine verfallen. Die Teilarbeit trat auch hier in die Erscheinung und der Buchdruckereihilfsarbeiter gehörte in immer stärkerer Anzahl zu dem flüchtigen und für den Betrieb unbedingt erforderlichen Personal.

Wenn nun in früherer Zeit, wo die sieben Druckmaschinen noch eine gemüthliche Tourenzahl von 6-800 Druck als staunenswerte Leistung lieferten, die Hilfsarbeiter, die Anleger und Anlegerinnen „gute Zeit“ hatten, wenn die Letzteren meist ihren „Lohn“ als Taschengeld betrachteten, weil sie von den lieben Eltern sonst noch sorglich betreut wurden, so ist auch das im Laufe der Zeit anders, wenn auch nicht besser geworden. Die Zeit, wo die Anlegerin stundenlang ihren Strichtrumpf, ihre Häkel, ihre Näh- oder Stickerarbeit vornehmen konnte, „weil der Meister“ eine neue Form einrichten und zurichten tat, die ist im modernen Druckereibetriebe ebenfalls unwiderruflich dahin! Heute ist die Anlegerin oder der Anleger, im modernen Druckereibetrieb der Rotationshilfsarbeiter, der in der Stereotypie, in der Gießerei usw. beschäftigte Hilfsarbeiter ein ebenso notwendiger Teil des Betriebes wie der Setzer oder der Drucker! Denn mit dem Fortschreiten der Technik haben sich naturgemäß auch die Maschinen immer mehr verfeinert, immer mehr vervollkommenet, sie sind wahre Wunderwerke geworden. Ihre Leistungsfähigkeit ist auf das Doppelte, ja auf das Dreifache gestiegen, und mit dieser Leistungsfähigkeit muß der menschliche Teil der Maschinen, der Hilfsarbeiter, gleichen Schritt halten! Die anfangs dieses Artikels geschilderten Verhältnisse, daß jeder Ungelernte ohne weiteres die mechanischen Hilfsleistungen verrichten kann, sind durch die Wunder der Technik eben wieder umgekehrt worden. Es galt wieder zu lernen. Wer wollte behaupten, daß man heute ohne weiteres eine Person von der Strafe an eine moderne Druckmaschine stellen könnte? Das beweisen ja auch die Prinzipale in den größeren Druckzentren, welche fast durchweg eine einjährige Lehrzeit für Anlegerinnen fordern!

Wir sehen also: alles ist anders geworden: die Arbeitsmethode, die Arbeitsleistung, die gesteigerten Anforderungen an die Intelligenz und mechanische Fertigkeit, die Kenntnisse der, ach, so verschiedenen Maschinensysteme, die Fähigkeit, an Ziegel-, Schnell-, Widerdruck-, Dreifarben-, Bildrdruck- und Steindruckpressen arbeiten zu können, Anlegen von links und rechts usw., dies alles ist neu geworden! Nur das Eine ist geblieben: der so nichtsagende Begriff „Hilfsarbeiter“ und seine erbärmliche Bezahlung!

Wenn man nicht mehr davon sprechen kann, daß der Hilfsarbeiter in der modernen Druckerei ohne jegliche Fachkenntnisse volle Arbeit zu leisten imstande ist, dann soll man endlich auch damit aufhören, seine vollwertigen Leistungen in der Wertigkeit zu entlohnen! Bedenken denn die Prinzipale gar nicht, daß letzten Endes gerade der Drucker, die Anlegerin und deren Intelligenz, Geschicklichkeit und Tätigkeit es sind, deren Arbeit gewöhnlich den Schlüsselstein des Ganzen bildet? Was nützt der sauberste Satz, die herrlichste Zurechtung, das beste Papier, wenn eine indolente, leichtfertige Person auf der Schnellpresse steht und durch mangelhaftes Arbeiten alle vorhergegangene Mühe und Sorgfalt vernichtet? Muß nicht jeder Prinzipal eine solche

Arbeitskraft schätzen, die ihm seine teure Kapitalanlage, eben die Maschine, immer in sauberem, tadellosem Zustande erhält, sich der Verantwortung liebhaft an diesem seinem Arbeitsinstrumente in jeder Minute bewußt ist und ihn so vor unermesslichem Schaden bewahrt?

Ist das aber all die Jahre her auch nur im geringsten anerkannt worden; sind nicht die Jahre der Feuerung fast spurlos an der Lohnhöhe vorübergegangen? Die Zeiten, wo die Anlegerin nur um sich einigiges Taschengeld zu verdienen in die Druckerei ging, sind eben auch vorbei. Heute sind der Druckereihilfsarbeiter und die Anlegerin gewerbliche Arbeiter, die von ihrer Hände Arbeit ihr Dasein fristen müssen, die ebenso lange und oft noch in schwererer körperlicher Anstrengung in regelmäßiger Arbeitszeit ihre Arbeit verrichten müssen, als wie die Seher, Drucker usw. Während man bei der Arbeitsleistung des Hilfsarbeiters von ihm zwar die volle Verantwortlichkeit, volles Pflichtgefühl und sauberste gewissenhafte Ausführung erwartet und verlangt, ist er bloß bei der Bezahlung der Minderwertige! Sein Lohn ist nur ein Trinkgeld für die geleistete Mühe, Sorgfalt und den aufgewendeten Fleiß! Daß dies auf die Dauer zur Erbitterung führen muß und keineswegs geeignet ist, die Arbeitsfreudigkeit zu steigern, sollten unsere Prinzipale nachgerade einsehen lernen!

Ist doch der Hilfsarbeiter auch ein Mensch, der denselben Lebens- und Daseinsbedingungen unterliegt ist, wie die übrigen Arbeiter im Beruf, ein Mensch, an den der Staat die gleichen Anforderungen und Pflichten stellt und der seiner Familie und der Gemeinde gegenüber ebenfalls seine Pflichten zu erfüllen hat! —

Aber auch dem Hilfsarbeiter winkt in seines Daseins dunkler Nacht ein heller Stern des Trostes und der Hoffnung! Und so wie in der wieder nahenden Weihnachtszeit damals das unterdrückte Judenvolk auf seinen Erlöser hoffte und seinem Stern zuzugahzte, so jubeln auch wir unserm Erlöser zu. Und dieser Erlöser ist unsere Organisation!

Was nützen unsere Klagen und Litaneien? Was der Erguß eines bis aufs äußerste erbitterten, trotz allem erlichen Schaffens und Ringens nicht vorwärts kommenden Einzelnen, wenn wir uns nicht vereinigen? Nur die geschlössenen Reihen, die geeinigte Schar im Verbande kann unseren Führern den Mut und das Zeichen geben, einzutreten für unsere Ehre, unsere gerechten Forderungen nach einer menschenwürdigen, gerechten Entlohnung für unsere schwere Arbeit! Den Prinzipalen aber rufen wir zu: Hilfsarbeiter wollen wir euch auch weiter sein! Gehör! Wir wollen helfen unseren Teil an der geteilten und doch gemeinsamen Arbeit, aber wir wollen auch gemeinsam teilen den Gewinn, insoweit verstanden, daß wir bei gleicher Arbeitsleistung auch den gleichen auskömmlichen Arbeitslohn erhalten!

Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es aber vor allem des engsten Zusammenchlusses der gesamten Kollegenschaft im schönen deutschen Vaterlande! Dann werden auch die einseitig vollen Prinzipale unsere Stimme hören und die Humanität und Pflicht üben, die ihnen die eigene Erkenntnis gebieten muß! Den Ausbeutern aber rufen wir das als Motto erwählte Wort der Bibel zu: „Wer dem Arbeiter seinen Lohn nicht gibt, der ist ein Bluthund!“

Erna M., Dresden.

Reformieren und Sparen oder Beitragserhöhung.

Diese erste und wichtige Frage ist aufgerollt und soll alle schreibkundigen Verbandsmitglieder, vor allem aber unsere Funktionäre, zum Meinungsaustausch veranlassen, damit vollste Klarheit über die materielle Grundlage vorhanden ist, wenn unser Parlament erneut zusammentritt.

Die Stimmen, die sich bisher zu der wohl-durchdachten Arbeit des Kollegen Lodahl (Nr. 39 und 40 der „Solidarität“) geäußert haben, enthalten nur wenig, was zu einer Besserung beitragen kann und wären auch noch nicht Veranlassung unsererseits, darauf zu antworten, wenn nicht die Schreibweise des Kollegen Schmid-

München (denn er ist ja als Verfasser der Artikel in den Nr. 46, 47 und 48 der „Solidarität“ unschwer zu erraten) dazu direkt herausfordern würde.

Daß er beinahe so temperamentvoll schreibt wie wir ihn als Redner kennen, ist uns ja nicht fremd, aber beim geschriebenen Wort muß man verlangen, daß der langjährige Leiter einer großen Zahlstelle nicht in erster Linie seinem Weger Lust macht über ein ganz anderes Vorkommnis, das mit den Vorschlägen zur Reformierung der Klasse gar nichts zu tun hat, das genau so wie die jetzt bestehende Beitrags- und Unterstützungsform durch Verbandsstagsbeschlus erledigt sein sollte, denn der sachliche Teil ist erledigt und der persönliche scheint eben noch nachzuwirken. —

Ungern habe ich dieses Gebiet berührt, aber wenn die Saite angeschlagen wird, dann klingt sie und daher darf es nicht unerwidert bleiben, was Schmid mit voller Wucht hinausgeschrien hat, ohne dafür Beweise antreten zu können, denn gar zu leicht wird dann versucht, aus Nebensachen Hauptmomente zu machen und wir entfernen uns damit vom Wichtigsten.

Der Hinweis des Kollegen Lodahl, daß durch Veränderung der ersten Staffeln in den Unterstützungsstufen und zum Teil auch in bezug auf die Verwaltungsausgaben, soweit es sich nicht um Zahlstellen mit festen Prozentfüßen handelt, Ersparnisse und zwar sehr bedeutende gemacht werden können, die eine Beitragserhöhung dann erübrigen, veranlaßt den Kollegen Sch. zu der folgenden Auslassung:

„Wenn man schon einmal die Ausgaben prüft, inwieweit das dort Ersparnisse gemacht werden können, dann darf man doch nicht in einseitiger Weise nur auf die Ausgaben für Unterstützungen und kleinere Verwaltungsausgaben verweisen, sondern muß alle Ausgaben in seine Betrachtungen stellen und da sind unsere „Sonstigen Ausgaben“, die doch ein ganz Bedeutendes unserer Mitgliedsbeiträge verschlingen, doch nicht einfach links liegen zu lassen.“

Da finden wir unter diesen Ausgaben Posten verzeichnet, die doch für uns auch keinen Pappentüll bedeuten. So finden wir vom Hauptvorstand für Drucksachen vorausgibt im Jahre 1912 allein 7299,60 Mk. Ich meine, wenn vom Sparen gesprochen wird, vielleicht könnte man an diesem Posten schon soviel sparen, als die Zuschüsse zu den Verwaltungsausgaben einer ganzen Reihe von Zahlstellen ausmachen. Dann, sind denn die geradezu enormen Kosten für unsere Zeitung, die im Jahre 1912 — ohne Gehalt des Redakteurs und den Betrag an die Mitarbeiter — noch 26 104,09 Mk. betragen, seitens des Hauptkassierers gar keiner Erwähnung unter „Was ist zu tun“ wert?

Ich will mich hier in keine Polemik über „die schärfste Waffe“ gegen das Unternehmertum einlassen, das erfolgt an anderer Stelle, meine aber, daß der Beschluß, daß die „Solidarität“ sechsseitig erscheinen soll, ein vollständig unglücklicher war. Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß eine Zeitung allwöchentlich vierseitig, und nur im Bedarfsfalle sechsseitig, vollkommen genügen würde. Kein Kollege und keine Kollegin wird ernstlich behaupten wollen, daß damit das geistige Interesse unserer Mitglieder geschädigt würde. Vier Seiten, die textlich und inhaltlich so gehalten sind, daß sie auch unsere Mitglieder wirklich interessieren, sind mir lieber als unsere heutige Zeitung mit sechs Seiten, die von der überwiegenden Mehrheit unserer Mitglieder achtlos beiseite gelegt wird, uns aber Behn-tausende von Mark kostet, die doch schwer genug von den Mitgliedern aufgebracht werden müssen. Durch Ersparung von zwei Seiten wöchentlich bei unserer Zeitung würden aber wiederum für unsere Verbandskasse mindestens 2000 Mk. mehr herauskommen. Mein Ideal wäre ja allerdings, das ganze Zeitungswesen zu reformieren und Wege anzubahnen, für das ganze polygraphische Gewerbe nur eine Zeitung erscheinen

zu lassen, aber die Erörterung dieses Problems würde hier zu weit führen und sei deshalb für eine spätere Zeit vorbehalten.

Unter „Sonstigen Ausgaben“ befindet sich auch ein Posten für Delegationskosten des Hauptvorstandes mit zirka 2000 Mk. Da wird sich die Frage ergeben, ob Doppeldelegationen und Vertretungen des Hauptvorstandes an jedem stattfindenden Gantag oder Konferenz eine unbedingte Notwendigkeit darstellen?

So also schreibt Sch. aus München.

Man muß nun beachten, daß im Jahre 1911 ausbezahlt worden sind:

für Arbeitslose . . .	48 614,— Mk.
„ Kranke	42 621,30 „
„ Wöchnerinnen . . .	5 140,— „

Summa 96 375,30 Mk.

sowie für Drucksachen des Verbandsvorstandes 7908,27 Mk. und im Jahre 1912 sind für dieselben Unterstützungsbezüge bezahlt worden:

für Arbeitslose . . .	90 409,20 Mk.
„ Kranke	42 274,90 „
„ Wöchnerinnen . . .	5 320,— „

Summa 138 004,10 Mk.

sowie für Drucksachen des Verbandsvorstandes 7299,60 Mk. Im Jahre 1912 sind also für Unterstützungsbezüge 41 628,90 Mk. mehr ausgegeben worden wie 1911 und an Drucksachen wurden 1912 610,67 Mk. weniger vorausgibt als 1911. Wenn man das Vorstehende beachtet, dann muß man wirklich die Frage aufwerfen, ob der Kollege A. Sch. sich diese Zahlen einmal näher angesehen hat? Wenn ja, dann muß er sich auch klar darüber sein, daß, wenn eine seit sechs Jahren bestehende Beitrags- und Unterstützungsform im fünften Jahre mit einem Male eine Mehrbelastung der Klasse von mehr als 40 000 Mk. in einem Jahre bringt, dann wohl andere Ursachen dafür vorhanden sind als ein Rechenfehler des Verbandskassierers. Ist da nicht in allererster Linie die eingesezte Krise und dann die schlecht wirkenden Hausverträge gerade in Berlin daran schuld? Wenn auch Kollege A. Sch. diese Verträge nicht kennt, weiß er doch, daß eine Krise da ist. Bei normalem Geschäftsgange hätten wir in ganz kurzer Zeit ein recht ansehnliches Kapital trotz der hohen Unterstützungsätze sammeln können, und die angestelltesten Berechnungen haben durchaus gestimmt.

Die Beitragserhöhung, die 1910 in Bremen beschlossen wurde, sollte 40 000 Mk. jährlich als Kampffonds bringen. Sie konnte es nicht bringen, weil acht Monate nach Inkrafttreten der Beitragserhöhung die Steindruck-Gesellen eine Bewegung einleiteten, die uns 225 000 Mk. gekostet hat! Weiß das der Kollege A. Sch. nicht? Zwar sind zu dieser Summe 44 928,70 Mk. durch Extrabeiträge zugesteuert worden, aber 180 000 Mark sind aus ordentlichen Beiträgen dafür aufgebracht worden und der Streikfonds sollte doch erst geschaffen werden. —

Sehen wir uns nun mal die Zahlen der Teilnehmer und Teilnehmerinnen bei dieser Bewegung an und dann auch ihre Verbandszugehörigkeit, dann erst haben wir ein Bild vor uns, das uns sehr zu denken geben muß. An der Bewegung waren 2060 Personen beteiligt, wovon 866 über sechs Monate Mitglied waren und 1194 waren bis zu vier Wochen Mitglied. Mehr als 2000 Mitglieder im Steindruckgewerbe waren an der Bewegung nicht beteiligt; sie standen in Arbeit. Die Zahl der im Steindruck organisierten betrug dabei 1911 noch nicht ein Fünftel der Gesamtmitgliedszahl. —

Aus verschiedenen Gründen muß ich mir versagen, an dieser Stelle deutlicher zu werden. Die aus dieser Lehre zu ziehenden Konsequenzen werden dem Verbandstage unterbreitet werden.

Diese 180 000 Mk. für die eben benannte Bewegung und mehr als 40 000 Mk. Mehrausgabe an Arbeitslosenunterstützung in einem Jahre ergeben eine Kapitalentziehung von mehr als 220 000 Mk. Damit, das muß ja auch Kollege Sch. zugeben, ist nicht gerechnet worden und Mehrbelastungen in dieser Höhe hätte auch keine andere Beitrags- und Unterstützungsform aushalten können und wenn es selbst eine vom Kollegen Sch. entworfene wäre. Die Ereignisse

der Zeit müssen unsere Lehrmeister sein. Daher müssen wir wie jede andere Organisation nach solchen Erfahrungen die inneren Einrichtungen so ausbauen, wie es die Zeitverhältnisse verlangen, und ein Blick auf die Verbandstage anderer Organisationen zeigt uns, daß diese ähnliches auf ihren Tagungen tun müssen. So viel unfruchtbares Räsonieren, wie es Kollegen Sch. beliebt, hat da wirklich keinen Zweck, denn die Staffel-Beitrags- und Unterstützungsform ist im Grunde gut, und die ihr anhaftenden Fehler werden ausgemerzt werden können. Denn darüber muß sich jeder klar sein, daß wir in München nur unter vollster Berücksichtigung der in Berlin eingeführten Unterstützungen die große Umwälzung, die nötig wurde, vornehmen konnten.

Nun zu dem beanstandeten Posten (Drucksachen der Hauptkasse). Zwar hat der Verbandskassierer bei einer mündlichen Kritik des Kollegen Sch. ihm schon die Posten genannt, aber es sieht doch hübsch aus, wenn man bei solcher Gelegenheit den Unwissenden markiert. Daher will ich aufzählen, was gedruckt werden mußte. Die Druckkosten beider Jahre sind für Stenographische Protokolle zu den Tarifverhandlungen vom außerordentlichen Verbandstage, Kosten für den Stenographen, Jahresberichte, Statistiken, „Allgemeine Bestimmungen“, Statuten, Formulare, Flugblätter und Agitationsbrochüren entstanden. Kollege Sch. kann ja zum nächsten Verbandstage beantragen, aus dieser Aufzählung das zu streichen, was nach seiner Ansicht als überflüssig angesehen wird. Solange uns aber die Verbandstagsbeschlüsse verpflichten, die vorstehenden Drucksachen herstellen zu lassen, verbitten wir uns diese Form der Kritik auf das entschiedenste und das um so mehr, da Kollege Sch. doch über die Druckkosten schon informiert ist. Danach muß man denn doch verlangen, daß Kollege Sch. deutlicher wird, denn zu essen sind ja die Drucksachen nicht, Prozente beziehen wir auch nicht und des — Druckers wegen wurde noch kein Handzettel mehr bestellt als unbedingt gebraucht worden ist.

Auch wäre es gut, wenn nun einmal ein bedrücktes Herz sich so erleichtert, daß dann Kollege Sch. geschildert hätte, wann und wo der Verbandsvorstand „zu allen Gattungen und Konferenzen doppelt belegt“ hat. Denn die Aufstellung auch dieser durch keinen Fall bewiesenen Behauptung soll doch den Eindruck erwecken, als wenn der Verbandsvorstand weder rechnet noch überlegt, sondern einfach in den Tag hineinlebt und Zeit und Geld sinnlos vergeudet. Will Kollege Sch. das damit sagen, dann erhebt er den schlimmsten Vorwurf, der überhaupt einer Zeitung gemacht werden kann, und darum bitte, Herr Kollege, werden Sie deutlicher.

Dann könnte nach dem Vorschlag des Kollegen Sch. durch eine vierseitige Zeitung gespart werden, während der Verbandstag es dem Redakteur überlassen hat, nach Bedarf vier oder sechs Seiten zu drucken. Ob nun die Mitglieder, die eine sechsseitige Zeitung nicht lesen, eine solche von vier Seiten interessiert studieren würden, ist doch auch nur eine vom Kollegen Sch. durch nichts bewiesene Annahme. Ueber diese Frage „Wann ist eine Zeitung für 16 000 Mitglieder interessant“, werden die Meinungen sehr verschieden sein, denn was der eine ungelesen beiseite legt, ist für einen anderen von höchstem Interesse, und da bei allen sechsseitigen Nummern der Beweis vorlag, daß genügend und brauchbares Material vorhanden ist, warum sollen wir da allen den Mitgliedern, die gern lesen und nur wenig anderen Belehrungs- und Unterhaltungsstoff haben, diesen kürzen, denn viel mehr Anerkennungen über Inhalt und Gestaltung als solche Kritiken an der Zeitung liegen vor, es aber allen recht zu machen, ist eine Unmöglichkeit.

Was an Prozenten gespart werden kann und muß, wenn Ordnung herrschen soll, wird der Kollege Sodahl in einer späteren Arbeit nachweisen. Wenn wir diesen Posten benennen, dann nicht, um den kleinen Orten „das Leben sauer zu machen“, sondern um einen Krebschaden zu beseitigen, denn wir haben Zahlstellen, die für drückende Ausgaben 40 bis 60 Prozent abziehen (dabei nicht vielleicht ganz kleine, auch nicht solche mit Angestellten); aber die Erfahrung hat auch hier gelehrt, daß wir Verringerungen treffen müssen und

für unsere Ausführungen bringen wir ja auch das nötige Material als Beweis.

Nun hat Kollege Sch. auch Vorschläge gemacht, wie er sich eine Besserung der staßenverhältnisse denkt. Dabei ist er auch auf die Regelung der Verwaltungsgeschäfte näher eingegangen und hat besonders das in München sich sehr gut bewährte System der Beitragszahlung geschildert und gelobt. Zugegeben, für München ist die dort herrschende Form der Beitragszahlung gut, aber dasjenige Münchener System, das Kollege Schmid auch in einigen anderen Zahlstellen einführt, als er Gauleiter für Süddeutschland war, hat sich da nicht so bewährt. Genauer darüber können wir auch erst mündlich in Leipzig berichten. Den besten Ueberblick erreicht man eben durch die Kartothekführung und unter strenger Benützung der Beitragsregisterbücher ist die nun einmal unbedingt nötige gegenseitige Kontrolle einzig und allein sofort möglich, worauf auch schon durch Kollegen B. in Nr. 43 hingewiesen worden ist, der auch eine straffere Behandlung des Status empfohlen hat. Wir können den Wunsch des Kollegen Sch. nicht erfüllen und ihm in der Zeitung verraten, in welchen Orten die strikte Durchführung einer geregelten Mitgliederkontrolle und Beitragsregistrierung noch nicht erfolgt ist, aber es befinden sich darunter zwei größere Zahlstellen, die wirklich nur Markenverkaufsstellen sind und wo eine Beitragsregistrierung erst nach Einziehung der Mitgliedsbücher möglich ist. Auch gibt es Zahlstellen, wo ein Teil der Mitglieder die für die Lohnklasse bestehenden Beitragsätze nicht bezahlt. Darum müssen für solche Fälle Bestimmungen erlassen werden, die solche Handlungen erschweren, wenn sie nicht unmöglich gemacht werden können.

Wenn wir die Namen der Orte hier nicht nennen wollen, so ist zu bedenken, daß an der Besserung und Beseitigung der geschädigten Schäden alle darunter gemeinten gern mithelfen wollen, aber an manchen Orten geht so etwas nur durch Verbandstagsbeschluss und darüber gab es bisher nur Anleitungen und Vorschläge, die von uns gut gemeint waren, auch so aufgefasst wurden, aber vom Wollen bis zum Vollbringen ist ein weiter Weg. Daher wird der § 17 erster Absatz noch einen Zusatz bekommen müssen, der die Form der Beitragsregistrierung usw. benennt, denn bisher war es der gute Wille der Zahlstellen, die Vorschläge, die wir in bezug auf die Beitragskassierung und Eintragung machten, zu befolgen oder zu unterlassen; sie verkauften eben die Marken und behielten alle ihnen geläufige und bequemere erscheinende Einrichtungen bei. Soll das anders werden, dann hilft eben, wie schon gesagt, nur ein Verbandstagsbeschluss.

Welche Fehler aber bei Unterstützungsanzahlungen gemacht werden, darüber kann der Hauptkassierer „ein Lied singen“; aber auch Kollege Sch. macht in seinem Artikel Nr. 48 ein Geständnis, das da zeigt, wieviel mehr Worte und Satzungen unser Statut enthalten muß, um die Hauptkasse vor Schäden zu bewahren. Kollege Sch. macht in der Form eines Vorwurfes die Mitteilung, daß zirka 1500 Mk. jährlich an übergetretene Bauarbeiter in München ausbezahlt werden. Da muß man fragen: warum? Der § 14 besagt in Absatz 6: „Mitglieder, welche aus anderen Organisationen in unseren Verband übertraten, ihren Verpflichtungen dort nachgekommen und bezugsberechtigt sind, sind ohne Eintrittsgeld nach Zahlung von 13 Wochenbeiträgen unterstützungsberechtigt. Ausnahmen sind nur mit Zustimmung des Verbandsvorstandes zulässig, jedoch können die Beiträge nicht höher angerechnet werden, als in der bei uns festgelegten Klasse, zu dem sie ihrem Lohne entsprechend beim Uebertritt zu unserem Verband gehören.“

Es kann also nur der bei uns Arbeitslosen- und Krankenunterstützung erhalten, der sich auch in früheren Verband darauf ein Anrecht erworben hatte. Aber die Mitglieder einer Organisation, die keine Arbeitslosenunterstützung zahlt, weil der überaus höchste Prozentsatz ihrer Angehörigen mindestens 13—20 Wochen in jedem Jahr arbeitslos ist und die darum nur 40 Beiträge in jedem Jahr kassierte, die können doch bei uns keine Arbeitslosenunterstützung herausholen!

Das muß sich doch jeder sagen. Aber solche Dinge müssen uns veranlassen, ganz deutlich und zweifelstfrei unser Statut auszubauen. Viel werden wir ja nun damit kaum noch retten können, soweit übertretende Bauarbeiter in Frage kommen, denn die Bauarbeiter haben jetzt vor einigen Tagen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung beschlossen; sie tritt mit dem 1. Juli 1914 in Kraft. Aber die Verbände der Dachbeder, Gastwirtsgehilfen, Maler, Schneider, Steinarbeiter, Steinseher und Zivildienstleistungen haben noch keine Arbeitslosenunterstützung und es ist notwendig, daß sich Vorstehende und Ortskassierer diese Organisationen notieren, um bei Uebertritten gleich darauf aufmerksam zu machen, daß nach 13 gezahlten Beiträgen wohl die Krankenunterstützung für sie in Kraft tritt, nicht aber die Arbeitslosenunterstützung, zu deren Bezug erst 52 Beiträge gezahlt werden müssen, um ein Anrecht auf die erste Staffel der zuständigen Beitragsklasse zu erwerben. Diese Vorkommnisse zeigen, wie leicht große Fehler gemacht werden.

Die von Sch. vorgeschlagenen Unterstützungsänderungen und die Einführung einer sechsten Klasse mit 10 Pf. Beitragserhöhung bringen nach oberflächlicher Berechnung eine Mehreinnahme von 20 000 Mk. und eine Mehrausgabe allein für Arbeitslose von 5000 Mk. Aber auch der Vorschlag, die Wöchnerinnenunterstützung in Krankenunterstützung umzuwandeln, bringt keine Verbilligung, sondern eine Verteuerung. Viele, ja sogar der größte Teil unserer Kolleginnen zahlen die dritte, vierte und fünfte Beitragsklasse, wo das Krankengeld auf fünf Wochen in den Höchststufen 16,50, 21 und 27 Mk. erreicht, während die Wöchnerinnenunterstützung 10 Mk. beträgt. Daß bei Ausbezahlung der Wöchnerinnenunterstützung dann nachher nur der Rest zugezahlt wird, ist richtig, denn wir können doch unmöglich bei jeder Kranken Kollegin eine Untersuchung auf ihren Zustand verlangen, und nur allein für solche Fälle, wo eine Krankheit vorausgesetzt, die mit dem Wochenbett nichts zu tun hat, wirkt diese Unterstützung als eine Extraeinrichtung für unsere Kolleginnen; sie kostet nicht zuviel und bringt bei Fortfall keinen Ertrag, sondern kann uns noch teurer kommen. Wenn wir also besser wollen und die gewerbliche und tarifliche Situation betrachten, unsere Prinzipalsbestrebungen und den Fonds für besondere Zwecke dabei bedenken, dann werden wir wohl alle Staffeln kräftiger reduzieren und dann auch ein Auge auf die Bezugsdauer in den ersten Jahren richten müssen, wobei die Einführung einer sechsten Klasse mit einer Beitragserhöhung nötig wird. Wir wollen erst noch einige Stimmen hören, ehe wir mit einem Vorschlag, wie wir ihn uns denken, herauskommen, denn nach Möglichkeit sollen alle Wünsche der Orte berücksichtigt werden. Wir werden reformieren und hoffen von den neuen Beratungen eine gute Besserung der Verhältnisse. Die Vorberatung einer Kommission dürfte gut sein und der Verbandstag kann für spätere Zeit eine solche Form festlegen. Diesmal haben wir dazu noch keine Vollmacht, aber bei der ganz klar liegenden Situation wird sich eine alle befriedigende Lösung finden lassen, wie immer, wenn es sich darum handelte, die Entwicklung der Organisation zu fördern, sie zu stärken und den Mitgliedern dienlich zu machen. Hoffentlich melden sich noch viele Stimmen, denn es gilt unsere gute Sache zu kräftigen und die ihr anhaftenden Schäden zu beseitigen.

Paula Thiede.

Die Tarifbewegung im Buchdruckgewerbe Oesterreichs.

7. Dezember 1913.

In Oesterreich ist die Bewegung zur Erneuerung beider Tarife (für Gehilfen und Hilfsarbeiter), welche mit dem 31. Dezember d. J. ablaufen, in vollem Gange. Der Abbruch der Verhandlungen über das Zustandekommen des Gehilfentarifs, welcher am 21. November erfolgte, hat vorläufig auch das Schicksal der Hilfsarbeiter-Tarife (es sollen wieder selbständige Tarife in den einzelnen Kronländern geschaffen werden) ent-

Schieden; auch sie kommen derzeit nicht zustande. Es muß begreiflich erscheinen, daß das Bekanntwerden des Abbruchs der Verhandlungen eine gewisse Mißstimmung in der Kollegenschaft auslöste, die sich auch in bezug auf den Fortgang der Arbeiten in den Offizinen bemerkbar machte. In einzelnen Geschäften Wiens kam es zu Zusammenstößen zwischen der Leitung und den Personalern, die entweder die Entlassung oder den Austritt der betreffenden Personale zur Folge hatten. Auf solche Art standen bereits am 29. November zirka zehn Betriebe in Wien (vorwiegend Kleinere) gänzlich still. Nachdem das Tarifamt, welches in allererster Linie berufen wäre, eine Vermittlung herbeizuführen, seinen Vermittlungsvorschlag bisher zu erstatten in der Lage war, nahm die gegenseitige Erbitterung selbstverständlich noch mehr zu. Zudem glaubten die Vorkämpfer der Prinzipale, durch Draufgehen die Situation in einer ihren Absichten günstigen Weise zu beeinflussen. Deshalb wurde versucht, mit Aussperrungen vorzugehen, und im Laufe der ersten Dezemberwoche wurde in Tirol ein Großteil der Gehilfen auf die Straße gesetzt. In Wien ging man zur gleichen Zeit ähnlich vor, erreichte aber nur den einen Zweck, die Erbitterung unter der Arbeiterschaft neuerlich ganz gewaltig zu steigern. Endlich wurde der Beschluß gefaßt, allen Gehilfen und Hilfsarbeitern zu kündigen; dieser Beschluß sollte am 6. Dezember im ganzen Reiche zur Ausführung kommen. Soweit bis zur Stunde die Situation überblickt werden kann, ist diese Aussperrung für die Schachtmacher — trotzdem sie mit Hochdruck arbeiteten — zum Fiasko geworden. In Wien ist beispielsweise nur die Kündigung annähernd eines Drittels der Personale erfolgt; gerade die größeren Betriebe haben hier nicht mitgetan. Auch in den Provinzen wurde — soweit bisher Nachrichten vorliegen — dem Beschluß nicht vollständig Rechnung getragen; in einzelnen Kronländern erfolgte nur eine teilweise Kündigung, in Galizien beispielsweise wurde überhaupt niemand gekündigt. Dieses Verhalten scheint ein Anzeichen für die beginnende Ernüchterung auf Prinzipalseite zu sein. Die Herrschaften hatten damit gerechnet, daß die Arbeiterschaft ihren Widerstandsfonds in verschiedenen Unternehmungen festgelegt habe und deshalb sofort zu Kreuze kriechen müßte. Von dieser Meinung scheinen sie jetzt langsam kuriert zu werden, nachdem sie sehen, daß die erfolgten Kündigungen und Entlassungen nicht die mindeste Einschüchterung bewirken, hingegen die Arbeiter guten Mutes der weiteren Entwicklung der Dinge harren. Und auf diese kann man wahrlich begierig sein. Wohl hat bereits das Handelsministerium den Versuch einer Vermittlung gemacht, der aber von Prinzipalseite zurückgewiesen wurde. Zur Stunde bemüht sich das Gewerbeinspektorat mit Hilfe der beiden Vorsitzenden des Tarifamtes, eine Einigung herbeizuführen. Ob dieses Bestreben von Erfolg gekrönt ist, wird sich bald zeigen müssen.

Was die Stimmung unter den Arbeitern im ganzen Reiche betrifft, ist dieselbe eine so gute wie noch nie zuvor. Es ist kein Zweifel, daß vielleicht schon die allernächste Zeit die ernstesten Ereignisse zeitigt, denen die Arbeiterschaft mit Ruhe entgegensteht. Die Unternehmer im Buchdruckgewerbe Oesterreichs haben das Bedürfnis, ihre Organisation mit der der Arbeiter zu messen, und sie sollen — wenn das Neueste nicht noch abgewendet werden kann — einen Gegner finden, der ihnen gewiß ebenbürtig ist. W.—r.

Nach Redaktionschluss erhalten wir die telegraphische Mitteilung, daß am vorigen Sonnabend in 84 Wiener Druckereien die Kündigungen eingereicht worden sind. Zirka 1600 Personen setzen zurzeit in Kündigung und 1220 sind bereits ausgesperrt. Am Dienstag fanden Einigungsverhandlungen vor dem Gewerbeinspektorat statt, über deren Ergebnis wir in der nächsten Nummer berichten werden.

Korrespondenzen.

Augsburg. Die Mitgliederversammlung am 30. November war gut besucht. Der Kassierer gab den Bericht vom dritten Quartal, aus dem

folgendes zu entnehmen ist. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen 884,50 Mk. Die Ausgaben an Arbeitslosen-, Kranken- und Wöchnerinnenunterstützung inkl. Kartellbeiträge, Rechtsschutz, Tarifbewegung usw. betragen 331,99 Mk., an die Hauptkasse wurden 252,51 Mk. abgeliefert. Der Revisionsbericht mußte verschoben werden, weil keiner der Revisoren anwesend war. Den Bericht vom Gewerkschaftsverein gab Kollege Lehmeier und zitierte in der Hauptkasse einen Vortrag des Landtagsabgeordneten Hofshaupter, der den Koalitionsrechtsraub der Staatsarbeiter durch das bayerische Zentrum behandelte. Der Bericht wurde beifällig aufgenommen, denn er zeigte, daß es auch hier wieder die sozialdemokratischen Vertreter waren, die nicht nur in materieller Hinsicht die Interessen der Staatsarbeiter, sondern auch in der Erhaltung des Koalitionsrechtes am wirksamsten vertreten haben. Der Bericht zeigte auch, wie die übrige bayerische Arbeiterkassenschaft auf der Hut sein muß, um den Machtgelüsten der bayerischen Zentrumsparlei mit ihrem Ministerpräsidenten Herffling an der Spitze gegenüber gewappnet zu sein. Um unseren Mitgliedern auch in diesem Jahre im engeren Kreise etwas gutes und gediegenes zu bieten, wurde beschlossen, im Monat Januar einen „Seine-Ubend“ zu veranstalten, wozu Herr Professor Dr. Rothensfelder als Vortragender bereits zugesagt hat. Unser diesjähriges Fajchingfranzögen wurde auf Sonnabend, den 14. Februar, festgelegt. (Eingeg. 9. 12.)

Braunschweig. Mitgliederversammlung am 6. Dezember. Zum ersten Punkt der Tagesordnung gab Kollege Sparenberg die Abrechnung vom dritten Quartal. Die von den Revisoren beantragte Entlastung erfolgte einstimmig. Die Abrechnung vom fünften Stiftungsfest ergab leider ein Defizit, was durch den äußerst mangelhaften Besuch der Mitglieder entstanden ist. Unter Verschiedenem fand eine äußerst heftige Debatte über die eventuell noch in Aussicht stehenden und insbesondere über die schon erfolgte Einstellung des ersten Vorsitzenden in die Parteidruckerei statt. Mehrere Kollegen waren der Meinung, es dürften nur diejenigen eingestellt werden, die am längsten arbeitslos waren, ganz gleich, ob dieselben schon genügend Verbandsarbeit geleistet hätten oder nicht. Den Standpunkt, den der Hauptvorstand und Gauleiter vertreten haben, sei ein falscher! Der anwesende Gauleiter, Kollege Sparthül, leugte in längeren klaren Ausführungen dar, warum gerade in Braunschweig so gehandelt werden mußte und behauptete sehr, daß ein Teil Kollegen eine derartige Maßnahme nicht einsehen will. Nach längerer Diskussion will man für diesmal diesen Fall aufheizen, da er sich wohl schwer wieder ändern lassen würde! Alsdann wurden noch einige interne Angelegenheiten eingehend besprochen. Am Schluß der Versammlung wies der Vorsitzende, Kollege Sparenberg, noch auf die Generalversammlung, welche auf vielseitigen Wunsch im Monat Januar an einem Sonntag stattfindet, hin und bittet sehr, daß sämtliche Kolleginnen und Kollegen erscheinen mögen. (Eingeg. 8. 12.)

Chemnitz. Unsere letzte Mitgliederversammlung war ziemlich gut besucht. Ueber „Die ideellen und materiellen Vorteile der Gewerkschaften“ referierte der Gauleiter Kollege Franz Herrmann-Dresden. Er schilderte den Anwesenden in klaren, markanten Ausführungen die Schäden der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsweise und entrollte ein Bild von den traurigen Verhältnissen und den niedrigen Löhnen, die in unserer Branche noch vorherrschend sind. Er konnte nachweisen, daß dort, wo die Arbeiterschaft infolge ihrer Gleichgültigkeit sich ihrer Organisation noch nicht angeschlossen hat, auch die denkbar niedrigsten Löhne gezahlt werden. Alle Ergründlichkeiten und Vorteile sind nur durch die Organisation erkämpft und erzielt worden. An der Hand von Beispielen und Zahlenmaterial wies Redner weiter nach, welche gewaltige Summen an Unterführungen die modernen Gewerkschaften in den letzten 20 Jahren geleistet haben. Schatz und gerechte Kritik übte er aber auch an der Gleichgültigkeit, Nachlässigkeit und Säumnigkeit, die fast noch allgemein unter den Hilfsarbeitern vorhanden ist. Zum Schluß forderte der Referent mit einem kräftigen Appell die Anwesenden auf, unermüdet mit tätig an dem Ausbau der Organisation zu sein. Nicht zu erlahmen in der Kleinarbeit, welche gerade hier unbedingt erforderlich ist, um Erfolge zu erzielen. Der sehr lehrreiche Vortrag, der hoffentlich auf fruchtbaren Boden gefallen ist, wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. (Eingeg. 3. 12.)

Hannover. In der Mitgliederversammlung am 26. November hielt Kollege Reinhardt eine

kleine Vorlesung über die Schrednisse eines zukünftigen Krieges. Das kleine Werkchen, welches sich betitelt „Das Menschenschlachthaus“ hielt die Zuhörer von Anfang bis zu Ende gefesselt. Hauptächlich die männlichen Mitglieder, denen die Leiden und Freuden eines Soldaten altvertraut sind, weil sie meistens selbst gedient haben, sollten diesem Werkchen die schärfste Anerkennung. Aus dem Kreise der Familie, von Weib und Kind gerissen, schildert der Autor in packender Weise die ersten Tage der Einziehung und der seelischen Kämpfe bis zum Abmarsch in das Feld, in den Tod und malt sodann weiter die schrecklichen Greuelkesseln der Gesichte und das ungeheure Menschenschlachten durch Maschinen. Keiner sollte, so führte Kollege Sparthül darauf aus, interesselos an diesem Werkchen vorbeigehen und sich dies Buchlein zulegen. (Daselbe ist in der Parteibuchhandlung zum Preise von 1,— Mk. zu haben.) Hierauf gab Kollege Sparthül die Abrechnung vom Stiftungsfest, wonach wir einen Ueberschuß von 280 Mk. zu verzeichnen haben. Im Verschiedenen wurde bekannt gegeben, daß am Sonntag, den 4. Januar, unser Weihnachtsfest im Lindenhof stattfindet. Dann machte Kollege Sparthül auf die drei großen Arbeitslosen-Versammlungen aufmerksam und bat die Kollegenschaft, sich sehr zahlreich daran zu beteiligen. Hierauf wurde die Versammlung nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten geschlossen.

Stuttgart. Mitgliederversammlung am 24. November. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende, Kollege Werner, der verstorbenen Kollegin Frida Weiner einen warmempfundenden Nachruf. Die Versammlung ehrte das Andenken der Verstorbenen in der üblichen Weise. Unter Geschäftliche Mitteilungen gab der Vorsitzende die im Winterhalbjahr stattfindenden Veranstaltungen des Bildungsausschusses bekannt. Dabei wurde ganz besonders auf die stattfindenden Frauenvorträge hingewiesen und die Kollegenschaft aufgefordert, die Veranstaltungen des Bildungsausschusses besser wie seither zu besuchen. Nach diesen Mitteilungen referierte Kollege Werner über das Thema „Unser Verband im Jahre 1912“. Einleitend bemerkte der Referent, daß es ab und zu notwendig sei, im Verbandsleben einen Blick rückwärts zu werfen, da es viele Mitglieder gibt, die im Alltagsleben sehr leicht vergessen, was der Verband für die Gesamtheit und für den Einzelnen bedeutet. Durch diese Vergesslichkeit wird dann vielfach der Verband vernachlässigt. An der Hand des Jahresberichtes von 1912 zeigte Kollege Werner, was gearbeitet wurde. Wie manche Not und manche Sorge wurde durch die Einrichtungen des Verbandes gestindert. Und trotzdem können oder wollen das viele noch nicht einsehen und stehen noch abseits. Diese noch zu gewinnen und zu überzeugen, müssen sich alle Mitglieder zur Aufgabe machen. An diese Ausführungen schloß sich eine kurze Diskussion; sämtliche Redner betonten die Notwendigkeit einer noch kräftigeren Agitation und es ist zu hoffen, daß die Ausführungen wieder gute Folgen zeitigen werden. Ueber „Vorgänge in der Gewerkschaftsbewegung“ referierte hierauf Kollege Dietrich. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen stand der Konflikt der Zigarrenarbeiter in Frankenberg mit der Großenkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg. Ebenso erwähnte er das Verhalten der Deutschen Bank ihren Angehörigen gegenüber. Redner schilderte diese Vorgänge und deren Erledigung. Die Versammlung folgte mit höchstem Interesse den Ausführungen des Kollegen Dietrich. Hierdurch wird die Verwaltung ermutigt, dieses Thema fortläufig auf der Tagesordnung unserer Versammlung zu erhalten. Den Bericht vom Gewerkschaftskartell erstattete Kollegin Maurer. Es wurde darin auf die Bedeutung der Ortskrankentassenwahlen hingewiesen, und wurden die Mitglieder ersucht, diesen Wahlen in Zukunft mehr Interesse entgegenzubringen. Den Kassenbericht vom dritten Quartal gab ebenfalls Kollegin Maurer. An Einnahmen waren 2104,20 Mk. zu verzeichnen. In die Hauptkasse wurden 496,97 Mk. gefaßt. An Arbeitslosenunterstützung wurden 83,— Mk., an Krankenunterstützung 465,15 Mk. und an Wöchnerinnenunterstützung 70,— Mk. ausbezahlt. Die Revisoren Krauß und Bauckrecht beendeten die Richtigkeit der Abrechnung. Nachdem unter Verschiedenem noch einige örtliche Angelegenheiten ihre Erledigung fanden, erfolgte Schluß der anregend verlaufenen Versammlung. (Eingeg. 5. 12.)

Redaktionschluss für die nächste Nummer ist am Montag, den 15. Dezember 1913.

Beilage zur „Solidarität“

Dr. 50.

Berlin, den 13. Dezember 1913.

19. Jahrgang.

Frauenarbeit und gewerkschaftliche Organisation.

I.

Die kapitalistische Anwendung der Produktionsmittel hat zu einer immer weitergehenden Entwertung der Männerarbeit geführt. Mit dem Zugeszug der Maschine wurde die Arbeitsleistung mehr und mehr spezialisiert und riesenhaft gesteigert, sie wurde von der persönlichen Fähigkeit des Arbeiters unabhängig. Ist schon damit eine Entwertung der Arbeitskraft verbunden, daß für die erzielte Mehrleistung keine besondere Bezahlung eintritt, so tritt die Entwertung der Arbeitskraft mit dem Bestreben der Unternehmer, das Geer der ungelerten Arbeiter zu vergrößern, die Entwertung der Arbeitskraft noch deutlicher in die Erscheinung. Denn die ungelerte oder halb-gelernte Arbeit erfordert nicht die gleiche Lohnsumme wie beim gelernten Arbeiter. Daß mit dieser Entwicklung eine Erschwerung der sozialen Lage der arbeitenden Bevölkerung verbunden ist, liegt auf der Hand. In gewaltigem Maße herrscht eine weitgetriebene Unterernährung im arbeitenden Volke. Der Mann als der Ernährer der Familie verbraucht einen relativ zu großen Bruchteil des verdienten Lohnes, denn seine Arbeitskraft und Arbeitsfähigkeit muß unter allen Umständen erhalten bleiben. Damit aber die Bedürfnisse der Familie nicht allzu großen Schaden leiden, bleibt für weite Bevölkerungsteile kein anderer Ausweg als die Frauen- und selbst die Kinderarbeit. Begünstigt wird die zunehmende Erwerbstätigkeit der Frauen gerade durch die Teilarbeit, die ihnen immer die gleichen Handgriffe auferlegt, ohne aber besonders hohe Anforderungen an die physische Kraft zu stellen. Die sich immer gleichbleibenden Funktionen im Arbeitsprozess erfordern zudem oft eine große Geschicklichkeit in der Anpassung an die Tätigkeit der Maschinen, für die sich die Frauenarbeit als besonders vorteilhaft erwiesen hat. So ist die Frauenarbeit immer mehr zu einer zwingenden Notwendigkeit geworden, für die schon die schlechten sozialen Verhältnisse und die zunehmende Verteuerung des Lebensunterhalts immer wieder die Grundlage schaffen. Und auch die bürgerliche Gesellschaft sieht längst nichts außergewöhnliches mehr in der ausgedehnten Erwerbstätigkeit der Frauen: wenn die Arbeiter mit ihrem Lohn nicht auskommen und ihren Angehörigen kein menschenwürdiges und auskömmliches Dasein bieten können, so müssen eben Frauen und Kinder mitarbeiten. Der kapitalistischen Gesellschaft gilt eben die Selbstigkeit der Familie nichts, wenn es sich um die Familie des Arbeiters handelt.

Und es ist leider nur zu wahr: mit dem Familienleben der arbeitenden Massen ist es durch die kapitalistische Entwicklung immer mehr bergab gegangen. Wenn die Frauen und Mütter tagsüber durch die Fabrik den häuslichen Aufgaben entrückt sind, so kann das selbstverständlich nicht ohne mehr oder weniger große Nachteile für das Familienleben bleiben. Wenn auch der an sich keine und bescheidene Haushalt keiner allzu großen Aufopferung und Arbeitsleistung bedarf, so ist es doch nicht einmüde, ob die Pflege des Haushalts vernachlässigt werden muß oder nicht, ob die Mahlzeiten genügend vorbereitet und gemeinsam eingenommen werden können oder nicht, ob die Erziehung der Kinder vernachlässigt und die Pflege und Obhut der Kinder fremden Händen anvertraut werden muß oder nicht. Und nach der Tagesarbeit kann auch nur das notwendigste von den Anforderungen und Aufgaben des Haushalts und des Familienlebens erfüllt werden. Die Kindererziehung aber muß ganz der sorgenden Obhut der Mutter entbehren, und gerade eine bessere Erziehung der Kinder des arbeitenden Volkes ist so bitter notwendig. Gerade hier müßte

eine Umgestaltung der sozialen Verhältnisse einsetzen. Ist aber die Mutter durch die Arbeit in der Fabrik der Erziehungsarbeit entrückt, so ist sie nach Feierabend zu sehr mit anderen Aufgaben des Haushalts beschäftigt, bedarf auch der Erholung, als daß sie noch für die Erziehung der Kinder allzuviel tun könnte. Sie hat schon genug damit zu tun, eine in Anbetracht der ganzen sozialen Verhältnisse begreifliche und naheliegende Verwahrlosung der Kinder abzuwehren. Bei alledem kommt den erwerbstätigen Frauen kaum die ganze ungeheure Last der Aufgaben, Pflichten und der Verantwortung zum Bewußtsein; es jagt eine Arbeitsleistung und Verpflichtung die andere. Es bleibt keine Zeit für Betrachtungen über die große soziale Last, für die Ungerechtigkeit der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung übrig; alles spielt sich so selbstverständlich und in so folgerichtiger Weise und Wiederholung ab, als sei es immer so gewesen und als müsse es immer so sein. Und bäumt sich einmal das sittliche Empfinden und das Rechtsbewußtsein gegen das ungemiein unmensliche System der Ausbeutung, Entrechtung und Sklaverei auf, so sorgt schon die Gleichförmigkeit des kapitalistischen Betriebes wieder für die Herstellung des „inneren Gleichgewichts“: völlige Teilnahms- und Gedanklosigkeit. Und doch, über einen Punkt kommt die Gleichförmigkeit der Lohnfabrik, kommt die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nicht hinweg, das ist Verteuerung des Arbeiterhaushalts, die Beschränkung der Konsumtionsfähigkeit der Arbeiterbevölkerung trotz Frauen- und Kinderarbeit. An diesem Punkte müssen alle Verschönerungs- und Vertuschungsversuche scheitern. Denn es muß all die erwerbstätigen Frauen, die sehen müssen, daß trotz ihrer beruflichen Mitarbeit die Bedürfnisse des Lebens Schaden leiden und aufs äußerste eingeschränkt werden müssen, mit aller Deutlichkeit darauf hinweisen, daß sie mehr tun müssen als bloß arbeiten und wieder arbeiten.

Es gilt heute für eine Arbeiterin als selbstverständlich, daß sie durch Anschluss an die Konsumvereinsbewegung Ersparnisse beim Einkauf der Waren macht. Aber durch Ersparnisse beim Einkauf ist den Leuerungsverhältnissen noch nicht beizukommen. Und so haben sich denn auch bereits viele Tausende von erwerbstätigen Frauen und Müttern von der Erkenntnis leiten lassen, daß, wenn trotz ihrer Mitarbeit die Bedürfnisse nicht, bei weitem nicht voll befriedigt werden können, eben die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schlechte sind und bringen der Verbesserung bedürfen. Den dahingehenden Forderungen und Wünschen der Arbeiterinnen bringen jedoch die Unternehmer nicht das geringste Verständnis entgegen. Im Gegenteil, sie tun alles, um jede sozial wertvolle Regelung auf Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Keime zu ersticken. Es ist oft genug vorgekommen, daß die Unternehmer auf beschiedene und sachlich vorgebrachte Wünsche der Arbeiterinnen, die eine geringe Erhöhung der Löhne zum Gegenstand hatten, mit Gewaltmaßnahmen, mit Entlassungen geantwortet haben. Beschwerten sich die Betroffenen, so erhielten sie auch wohl noch die höhnische Antwort, daß ihnen durch die Kündigung des Arbeitsverhältnisses ja nur Gelegenheit gegeben werden solle, sich nach besseren Lohn- und Arbeitsverhältnissen umzusehen! Und gerade da mußten sich die Arbeiterinnen am meisten unter die Gewaltherrschaft und den Herrenstandpunkt der Unternehmer beugen, wo die Organisationsverhältnisse am meisten zu wünschen übrig ließen, wo ihnen am wenigsten der Schutz einer starken und geschäftigen Organisation zugute kam. Dieser Umstand hat ungeheuer viel dazu beigetragen, den Gedanken der Organisation und Solidarität auch mehr und mehr in die Reihen der Arbeiterinnen zu tragen. Und der von den Unternehmern und ihren Zöb-

lingen über sie ausgegossene Hohn hat sie eindringend darüber belehrt, daß nur durch ein gemeinsames Vorgehen den gemeinsamen Bedürfnissen und Forderungen Rechnung getragen werden kann. Denn was ist damit gesagt, wenn es seitens der Unternehmer heißt: wenn es bei mir nicht paßt, der suche sich wo anders bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse! Damit ist gesagt, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse insgesamt darniederliegen und durch ein gemeinsames Vorgehen aufzubessern sind! Und an diesem Vorgehen sind die unverheirateten Arbeiterinnen genau so interessiert, wie die verheirateten. Wenn schon der Verdienst der verheirateten Arbeiterinnen nicht genügt, um den Mangel an Verdienst des Mannes auszugleichen, um für sich und die Kinder ein auskömmliches Leben zu ermöglichen, wie muß da erst eine auf sich allein angewiesene Arbeiterin ihre Lebensweise und Bedürfnisse einschränken, um mit dem geringen Verdienst auch nur einigermaßen auszukommen?

Aber auch noch andere Gründe haben die Arbeiterinnen dazu veranlaßt, sich zu organisieren. Einmal durch die schlechten sozialen Verhältnisse, durch die schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen auf die Notwendigkeit der Organisation hingewiesen, haben sie bald erkannt, daß die Arbeitskämpfe schon durch die Verbindung von Männer- und Frauenarbeit im Produktionsprozess keinen Unterschied zwischen Arbeiter und Arbeiterin machen können. Es ist ihnen mehr und mehr das Törichte und Verwerfliche eines verätherischen Verhaltens bei Arbeitskämpfen zum Bewußtsein gekommen. Sie wissen, daß die im Kampf stehenden Arbeiter und Arbeiterinnen für das Wohl ihrer Familie kämpfen, das auch ihr Wohl ist. Das Selbstbewußtsein ist in den Reihen der Arbeiterinnen wach geworden. Sie fühlen sich als vollwertige Arbeitskräfte und Menschen, deren Arbeit nicht weniger gilt als die anderer, die den gleichen Anteil an der Erzeugung der Werte haben und deshalb den gleichen Anteil an den Lebensgütern verlangen können.

Aufruf!

Arbeiter und Versicherte, schüßt eure Krankenkassen!

Der Leipziger Ärzteverband hat den seit Jahren angebrohten Generalfreist über die Krankenkassen verhängt. Auf seine Anordnung weigern sich die Ärzte, über den 1. Januar nächsten Jahres hinaus neue Verträge mit den Krankenkassen zu schließen; es wird daher, soweit nicht Verträge schon bestehen, ein vertragsloser Zustand bei den Kassen eintreten. Damit müssen die Kassen von der Verpflichtung befreit werden, den kranken Versicherten die Hilfe von Ärzten zur Verfügung zu stellen. Die Kassen werden dafür eine bare Leistung geben und es den Versicherten überlassen müssen, selbst für geeignete Behandlung zu sorgen. Die Ärzte sollen die kranken Versicherten nur gegen Vorausbezahlung des Honorars oder gegen Leistung eines größeren Barvorschlusses behandeln. Dadurch könnten die Krankenkassen in die schwierigste Lage gebracht werden, wenn die Versicherten nicht die zur Abwehr dieses Schlags erforderlichen, noch bekannt zu gebenden Maßnahmen der Krankenkassen unbedingt befolgen.

Seit Jahren sind die Ärzte vom Leipziger Ärzteverband aufgefacht worden. Die Ärzte sind deshalb gegen die Krankenversicherung vorgegangen und nehmen mehr und mehr gegen jede Versicherung für den Krankheitsfall eine feindselige Haltung an. Die ärztliche Behandlung der kleinen Handwerker, Gewerbetreibenden und Landwirte sowie die unteren Beamten, die wirtschaftlich dem Arbeiter nahestecken, für Rechnung freiwilliger Krankenkassen wird grundfälsch abgelehnt. Bei der gefeßlichen Krankenversicherung erschweren und verhindern die Ärzte die

Einführung der Familienbehandlung, der wichtigsten Mehrleistung des Gesetzes. Den Beiträtsberechtigten, den sog. kleinen Selbständigen, soll ärztliche Hilfe nur als Privatpatienten gewährt und damit die Versicherung vereitelt werden. Die Ärzte sind der Ansicht, daß sich jeder gegen Feuers-, Hagel-, Wasserzugesfahr wie überhaupt gegen alle Unglücksfälle des Lebens versichern möge, nur nicht auf ärztliche Hilfe.

Das Gesetz gibt den Ärzten das unbeschränkte Monopol für die ärztliche Behandlung bei den Krankenkassen, verpflichtet diese aber in keiner Weise und hält sie nicht einmal hierzu an. Dieser für die Kassen unhaltbare Zustand gibt den Ärzten das völlige Uebergewicht über die Kassen und wird von ihnen zum Schaden der Kassen gründlich ausgenutzt. Die Ärzte wollen für die Kassen nur tätig sein, wenn es ihnen paßt, und nur zu den von ihnen einseitig aufgestellten Bedingungen. Sie verlangen, daß grundsätzlich jeder Arzt, der es wünscht, zur Kassenpraxis zugelassen werden muß. Alle Verträge sollen zu dem gleichen Zeitpunkt ablaufen. Die Honorare sollen nach der Höhe des Arbeitsentkommens der Versicherten abgestuft werden. Die Ärzteorganisationen wollen für die ärztliche Versorgung der Versicherten, durch die 95 v. H. der Ausgaben der Kassen herbeigerufen werden, allein entscheidend sein, während nach dem Gesetz für die Kassenausgaben wie für die gesamte Kassengebahrung der Kassenvorstand verantwortlich ist. Die Ärzte und ihre Organisationen lehnen eine Nachprüfung der durch sie bestimmten Ausgaben durch die Kassenorgane ab und wollen allein darüber befinden. Bei freier Arztwahl ist den Versicherten keineswegs der „Arzt des Vertrauens“ gewährleistet. Viele Ärzte denken gar nicht daran, Kassenpraxis zu treiben. Die Versicherten sollen nach den Forderungen der Ärzteorganisation angewiesen werden, den nächstwohnenden Arzt in Anspruch zu nehmen. In großen und mittleren Städten ist kein Arzt verpflichtet, die Hausbehandlung eines Versicherten zu übernehmen, der über zwei Kilometer entfernt wohnt, wenn mehr als ein dienstverpflichteter Arzt näher wohnt. Tut der Arzt dies doch, so soll der Versicherte die erheblichen Mehrkosten tragen. Bei unterschiedlicher Bezahlung der ärztlichen Behandlung der Versicherten würde, abgesehen von den großen praktischen Schwierigkeiten, sofort der Vorwurf erhoben werden, daß die Versicherten, für die mehr bezahlt wird, besser behandelt werden. Es würde dadurch ein Keil in die auf dem Grundsatz der Solidarität aufgebaute Krankenversicherung getrieben werden.

Um die Oeffentlichkeit zu gewinnen, wird die Behauptung aufgestellt, daß 95 v. H. der Bevölkerung ärztliche Behandlung durch die Krankenkassen erhalte. Dies ist eine ungeheuerliche Uebertreibung. Die Krankenversicherung nach der Reichsversicherungsordnung wird etwa 20 Millionen Personen umfassen. Rechnet man zehn Millionen hinzu, die vielleicht unter die Familienbehandlung fallen, so bleiben 35 Millionen Personen, d. h. mehr als 50 v. H. der freien Praxi der Ärzte vorbehalten und gerade alle bemittelten und wohlhabenden Volkstheile.

Die Krankenkassen sind bereit, angemessene Honorare zu zahlen und die Ärzte frei und unabhängig zu stellen, auch eine in jeder Beziehung ausreichende Zahl von Ärzten zuzulassen. Wo Kranke und Ärzte einig sind, möge auch die freie Arztwahl eingeführt werden.

Die Krankenkassen befinden sich in dem bevorstehenden Kampfe lebhaft in der Abwehr. Sie haben ihr Möglichstes getan, um die seit Jahren bestehende große Spannung zu beenden. Die Kassenvertreter sind in ihren Zugeständnissen viel weiter gegangen, als nach dem Gesetz von ihnen beansprucht werden kann. Die mit Selbstverwaltung ausgestatteten Kassen lehnen es aber ab, sich alles aufzwingen zu lassen, was die Ärzte in ihren Erwerbs-, Organisations- und Standesinteressen fordern. Sie verwahren sich auch gegen die unerhörte Sprache, die die Leiter der Ärzteorganisation gegen die Träger der reichsgesetzlichen Krankenversicherung führen, und gegen den Terrorismus, der Ärzten und Kassen gegenüber auf jede Weise und unter Benützung der staatlichen Standesorganisation geübt wird.

Die Krankenkassen können die Hauptforderungen des Leipziger Ärzteverbandes nicht anerkennen; dies hieße die Krankenkassen den Ärzten ausliefern und aus der Krankenversicherung eine Ärzteversicherung machen. Dafür kann kein Kassenvertreter die Verantwortung übernehmen. Dringt der Leipziger Ärzteverband mit seinen Forderungen durch, so sinken die Kassen im wesentlichen zu bloßen Stellen für die Beitragshebung und die Krankengeldzahlung herab. Die Arbeiter, Versicherten und ihre Arbeitgeber haben dann fast ausschließlich die Aufgabe, die durch die Ärzte bestimmten Ausgaben durch überaus hohe Beiträge zu decken. Die den Versicherten mit den Arbeitgebern im Gesetz gewährleistete Selbstverwaltung würde zum Hohn. Die Forderungen des Leipziger Ärzteverbandes bedingen an sich, wie auch durch ihre schlimmen Folgen und Begleiterscheinungen nicht nur erhebliche Erhöhungen der Beiträge, sondern auch eine Herabsetzung der Leistungen. Allein um die gesetzlich vorgeschriebenen Regelleistungen zu decken, müßte dann der höchste zulässige Beitragsfuß erhoben werden. Ein Ausbau der Krankenversicherung wäre unmöglich gemacht und die ganze öffentliche Krankenversicherung in Gefahr gebracht. Das Gemeinwohl würde auf das äußerste geschädigt!

Arbeiter und Versicherte, die Pflicht gebietet euch, in dem bevorstehenden Kampfe für eure Interessen kämpfenden Krankenkassen rüchellos zu vertrauen und sie nachdrücklich zu unterstützen.

Arbeiter und Versicherte, schützt eure Krankenkassen!

Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen, Dresden. Hauptverband deutscher Betriebskrankenkassen, Essen. Gesamtverband deutscher Krankenkassen, Essen. Allgemeiner deutscher Knappschaffsverband, Berlin. Verband deutscher Innungskrankenkassen, Hannover.

Kundschau.

Die allgemeine wirtschaftliche Depression zeitigt eigenartige Blüten. Die Firma Freib Schenn, Kunstankalt in Nürnberg, welche Heiligenbilder herstellt, teilte ihrem Gesamtpersonal mit, daß sie genötigt sei, die Löhne für alle Beschäftigten um 20 Prozent zu reduzieren, um konkurrenzfähig zu bleiben. Sei das Personal nicht bereit, dies zu akzeptieren, so würde der Betrieb eingekürzt und alle Leute entlassen bis auf das Personal, welches zur Bedienung einer Maschine nötig sei. Das Personal nahm in einer Betriebsversammlung Stellung zu dem Ansuchen der Firma und beschloß einstimmig jeden Versuch, den jetzigen Lohn zu kürzen, energisch abzuwehren. Die anwesenden Vertreter der in Betracht kommenden Organisationen wurden beauftragt, dies der Firma mitzuteilen, auch erklärten sich die Beschäftigten bereit, wenn Mangel an Aufträgen die Ursache der Lohnreduktion sei, nur fünf Tage in der Woche zu arbeiten. Die Firma zeigte kein Entgegenkommen und bemerkte, nur mit Hilfe der Lohnreduktion, die 18 000 M. im Jahre ausmache, könne sie weiter bestehen und die ausländische Konkurrenz unterliegen. Das Personal und die Vertreter der Organisationen konnten sich jedoch nicht mit derartigen kapitalistischen Spekulationen befremden, bei denen die Arbeiter die Leidtragenden sind und wiesen auch einen weiteren Vorschlag, der eine nur (?) zehnprozentige Kürzung vorschlug, zurück. Was sagt der Schutzverband zu solcher Schmutz- und Scheuder-konkurrenz seines Mitgliebes?

Die Verdienste der freien Gewerkschaften um die Tarifverträge hob auf der 5. Hauptversammlung der „Gesellschaft für soziale Reform“ in Düsseldorf der Referent Dr. Hugo Sinzheimer - Frankfurt a. M. besonders hervor. Er sprach von den hervorragenden Leistungen der freien Gewerkschaften auf dem Gebiete des Tarifwesens. Ueber diese Anerkennung ärgerten sich natürlich die anwesenden Vertreter der Christlich-Deutschen und christlichen Gewerkschaften und sie zogen gegen den Referenten mächtig zu Felde, so daß der Vorsitzende der Versammlung, Vertreter von Verlepich, eingreifen mußte. Er ermahnte die christlichen und Christlich-Deutschen Redner, keine Polemik gegen die freien Gewerkschaften, die zu dieser Tagung eingeladen worden seien - gewiß zum Vorgegen gewisser Kreise - zu führen. Die Frage der Tarifverträge sei so wichtig, daß die

„Gesellschaft für soziale Reform“ die Mitwirkung der freien Gewerkschaften an der Versammlung gewünscht habe, namentlich wo es sich um Aufklärung handle.

Die Vertreter der freien Gewerkschaften mißachten sich nicht in den Streit, denn die Tatsachen auf tariflichem Gebiete sprechen eine so deutliche Sprache, daß das Geschrei der Kirche und Gewerkschaftsschreien daneben ungehört und wirkungslos verhallt. Dr. Sinzheimer trat in seinem Schlußwort auf die Anzuspaltungen der Sprecher beider Richtungen ein und erklärte, daß die Tarifverträge das Wert unabhängiger Berufsvereine sind. Dann meinte er weiter: „Dieses Wert ist ein Kulturwert hohen Grades, und daran sind die freien Gewerkschaften in hohem Maße beteiligt, denn 85 Prozent aller abgeschlossenen Tarifverträge sind ein Wert der freien Gewerkschaften.“ Man kann sich denken, daß die Vertreter der Kirche und Gewerkschaftsschreien von dieser Erklärung Sinzheimers nicht abheben waren, aber zu widerlegen ist das nichts. Sinzheimer hat recht, die freien Gewerkschaften sind die Stützen und Träger des Tarifwesens in Deutschland; was die anderen Gewerkschaftseinrichtungen für sich aus eigener Kraft an Tarifen abschließen, ist nicht der Mühe wert, daß man davon spricht. Wie jagte doch ein ehemaliger christlicher Gewerkschaftssekretär von sich und seinen früheren Kollegen: Wie die Hünen des Schlachtfeldes hätten sie, die christlichen Führer, keine andere Wahl, als hinter den Formationen der freien Gewerkschaften dreinzutreten, um wenigstens das zu erbeuten, was von jenen - den freien Gewerkschaften - nicht erbeutet werden konnte oder nicht gewollt wurde.

Die Volksfürsorge-Police als Weihnachtsgeschenk. Weihnacht, das fröhliche Fest ist im Anzug und in der ärmsten Arbeiterfamilie machen sich Vater, Mutter und Kinder Gedanken darüber, wie sie es anfangen sollen, um ihren Lieben eine richtige, dauernde Freude bereiten zu können. Wenn bei ihnen auch nicht der religiöse Instanz dieses Festes die Veranlassung zu dieser Ueberlegung ist, die damit verbundene Sitte, den durch Geburt, Liebe, Anhänglichkeit und Dankbarkeit Verbundenen durch eine Freude bereitendes Geschenk diese Gefühle zu bezeugen, ist längst auch in den Familien der Arbeiter heimisch geworden und wird bei ihnen, die oft nur unter großen Entbehrungen und Opfern diese Sitte üben können, zu einer besonders liebevollen Gedankensache. Wenn Geschenke unter solch erschwerten Verhältnissen gemacht werden, sieht man davon ab, nur eine Spiel- oder Augenblicksfreude zu bereiten, man schenkt etwas Nützlich für den Gebrauch, am liebsten etwas Dauerndes fürs Leben. Was ist nützlicher und dauernder als ein Geschenk, welches für die schwerste Zeit des Lebens eine Verhütung vor plötzlich eintretender Not gewährt? Gibt es ein schöneres und nützlicheres Geschenk, als wenn der Gatte der Mutter seiner Kinder am Weihnachtsabend eine Police der Volksfürsorge einhändigen kann mit den Worten: „Hier, liebes Weib, gebe ich dir einen Versicherungsschein für die Volksfürsorge, der dir das Recht gibt, am Tage meines Todes auf die fällige Versicherungssumme samt Gewinnanteilen zu erheben, wodurch für die erste Zeit dieses schmerzlichen Ereignisses wenigstens die größten Sorgen dir erleichtert sind.“ Dankbaren Herzens wird die Gattin dieses Geschenk als den Ausbruch forgender Liebe annehmen und heiser als je wird der Wunsch sein, daß dieses unvermeidliche Ereignis möglichst lange ihr erspart und der liebende Mann ihr erhalten bleiben möge.

Aber auch die Mutter wird Freude stiften und Dank ernten, wenn sie der blühenden hoffnungsreichen Tochter einen Versicherungsschein als Weihnachtsgeschenk überreichen kann, welcher der Tochter an ihrem wichtigsten Lebensabschnitt dadurch den Entschluß erleichtert, dem Geliebten die Hand zum Bunde zu reichen, daß sie durch die Erhebung der Versicherungssumme bei der Volksfürsorge in den Stand gesetzt ist, sich ein trautes Heim einzurichten. Ist sie doch dadurch dem bösen Schicksal so vieler Mädchen ihres Standes entzogen, sich am Tage der Vermählung in die unwürdige und unrationelle Knechtschaft eines Abzahlungsgesellschaft zu begeben. - Vielseitige Gelegenheit bietet ferner die Versicherung bei der Volksfürsorge zur Vereinerung der Freude und zur Verhütung vor schweren Zeiten. Möge die Arbeitererschaft reichlich davon Gebrauch machen. Die Rechnungsstellen im ganzen Reiche nehmen Versicherung auf; alle Vorkände und Vertrauensmänner der Gewerkschaften und der Konsumvereine geben gern Auskunft.